

# **ENTWURF**

## **Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz**

Beschlussvorlage für die Sitzung des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands  
am 23. Juni 2008

# Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz

|  | Seite |
|--|-------|
| <b>Präambel</b>  | 2     |
| <b>I. <u>Klimaschutz – für die Zukunft unserer Erde</u></b>                                      | 3     |
| 1. Klimaschutz als Kernziel der Union  | 3     |
| 2. Gemeinsam handeln   | 4     |
| 3. Europas Vorreiterrolle stärken  | 5     |
| 4. Deutschlands Führungsrolle beim Klimaschutz auch künftig wahrnehmen                           | 5     |
| 5. Erneuerbare Energien als Innovationsbranche ausbauen  | 6     |
| 6. Energieeffizienz als preiswertestes und effektivstes Mittel zum Klimaschutz<br>voranbringen   | 6     |
| 7. Kraftwerkspark erneuern und Energiemix realistisch gestalten                                  | 7     |
| 8. Forschung und Innovation weiter stärken   | 7     |
| 9. Städte und Verkehr als zentrale Herausforderung   | 8     |
| 10. Klimaschutz bürgernah gestalten  | 9     |
| <b>II. <u>Umweltschutz – für den Erhalt unserer Heimat und Lebensgrundlagen</u></b>              | 9     |
| 1. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen  | 9     |
| 2. Neue Ansätze im Naturschutz und bei der Entwicklung der Kulturlandschaft                      | 10    |
| Globale Verantwortung im Naturschutz übernehmen  | 11    |
| 4. Boden – einen wertvollen „Rohstoff“ erhalten  | 11    |
| 5. Intelligentes Flächenmanagement – für eine schonende und nachhaltige Nutzung                  | 12    |
| 6. Wasser schützen und vernünftig nutzen   | 12    |
| 7. Neue Herausforderungen der Wasserwirtschaft durch den Klimawandel                             | 14    |
| 8. Abfall- und Ressourcenmanagement – die Kreislaufwirtschaft intensivieren                      | 14    |
| 9. Umweltschonende Mobilität – alle Verkehrsträger einbinden                                     | 15    |
| 10. Für unsere Gesundheit – Umweltbelastungen abbauen  | 17    |
| <b>III. <u>Verbraucherschutz – für Lebensqualität und Bürgerrechte</u></b>                       | 18    |
| 1. Verbraucherpolitik der CDU: Leitbild mündiger und informierter Verbraucher                    | 18    |
| 2. Bildung, Forschung, Interessenvertretung: die Basis für mündige Verbraucher                   | 19    |
| 3. Schutz für sensible Gruppen: alle Verbraucher mitnehmen                                       | 20    |
| 4. Kennzeichnung, Gütesiegel, Qualitätstests: klare Wegweiser für Verbraucher                    | 20    |
| 5. Verbraucherrechte: einfach und effektiv durchsetzen   | 21    |
| 6. Verbraucherpolitik ohne Grenzen: regional, europäisch, global                                 | 22    |
| 7. Gesundheit, sichere Lebensmittel und andere Produkte: Grundpfeiler des<br>Verbraucherschutzes | 23    |
| 8. Energie und Mobilität: günstig, umweltfreundlich und sicher                                   | 23    |
| 9. Digitale Welt: Souveränität und Schutz der Verbraucher gewährleisten                          | 24    |
| 10. Finanzieller Verbraucherschutz: Finanzkompetenz und faire Finanzdienstleistungen             | 25    |

## Präambel

1 Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind Kernan-  
2 liegen unserer Politik. Die CDU bekennt sich zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, die den  
3 wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur, Umwelt und der Lebens-  
4 qualität der Verbraucher in Einklang bringt und gemeinsam weiterentwickelt. Wir wollen unse-  
5 ren Kindern und Enkeln eine Welt bewahren, die auch morgen lebenswert ist.

6  
7 Der globale Klimawandel ist bereits heute Realität - er beschleunigt sich und wird zur Gefahr für  
8 die Schöpfung und die Lebenschancen künftiger Generationen. Dieser Entwicklung entgegenzu-  
9 steuern und die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu begrenzen, ist unser Ziel.  
10 Klimaschutz kann ebenso wie Umweltschutz nur gemeinsam mit den Menschen gelingen. Mit  
11 einer „Lokalen Agenda Klimaschutz“ wollen wir Klimaschutzmaßnahmen vor Ort unterstützen  
12 und fördern.

13  
14 Beim Klimaschutz verfolgt die CDU eine Doppelstrategie: Im eigenen Land wollen wir unsere  
15 Klimaschutzziele konsequent umsetzen und so effizient wie möglich CO<sub>2</sub> einsparen; gleichzeitig  
16 fordern wir weltweite Anstrengungen und setzen uns dabei für einen globalen Handel mit Emis-  
17 sionsrechten ein.

18  
19 Angesichts knapper Ressourcen benötigen wir eine Energieversorgung, die sicher, wirtschaftlich  
20 und umweltverträglich bereitgestellt wird. Deutschland soll bis zum Jahr 2020 den effizientesten  
21 Kraftwerkspark der Welt haben. Dabei setzen wir auf einen breit gefächerten Energiemix und  
22 eine „Energiepartnerschaft“ von Energiewirtschaft, Industrie, Verbrauchern und Politik. Wir wol-  
23 len die energie- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass eine rationellere  
24 Verwendung von Energie und Ressourcen möglich wird, eine schnelle Modernisierung des Kraft-  
25 werksparks erfolgt sowie eine wirksamere Förderung Erneuerbarer Energien praktiziert wird.  
26 Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland  
27 nicht verzichtet werden. Sie ermöglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreund-  
28 liche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Im Rahmen  
29 unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwer-  
30 ken an.

31  
32 Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland in der Klima-, Umwelt- und Energieforschung füh-  
33 rend bleibt. Wesentliche Fortschritte beim Klima- und Umweltschutz können wir nur durch in-  
34 novative Lösungen und intelligente technologische Konzepte erreichen.

35  
36 Wir begreifen eine nachhaltige marktwirtschaftliche Umweltpolitik als Chance und als Motor für  
37 Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Unser Ziel ist es, die weltweit führende Rolle  
38 Deutschlands bei den Umwelttechnologien weiter auszubauen.

39  
40 Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat  
41 zu bewahren und auch international die Anstrengungen zum Schutz wertvoller Ökosysteme zu  
42 verstärken.

43  
44 Wo immer es sinnvoll und möglich ist, werden wir verstärkt marktorientierte umweltpolitische  
45 Instrumente einsetzen. Die CDU stärkt durch einen kooperativen Umweltschutz die Eigenver-  
46 antwortung der Beteiligten und verleiht ihr neuen Schwung. Wir wollen die Chancen des Mark-  
47 tes zu nutzen und umweltfreundliches Verhalten belohnen.

48

49 Unsere Umweltpolitik ist eine Politik mit Augenmaß: den ökologischen Instrumentenmix wollen  
50 wir so gestalten, dass die gesetzten Ziele schnell und effizient erreicht und Investitionsanreize  
51 vor allem dort verbessert werden, wo durch Umweltschutz Arbeitsplätze erhalten und geschaf-  
52 fen werden können. In der Europäischen Union setzen wir uns verstärkt für eine Harmonisierung  
53 der Rahmenbedingungen ein, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Gleichzeitig werden  
54 wir auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass die gesetzlichen Regelungen vollzugstauglich  
55 sind.

56  
57 Mehr denn je kommt es heute darauf an, nicht nur die Umweltprobleme vor Ort zu lösen, son-  
58 dern auch den weltweiten Herausforderungen gerecht zu werden. Eine hohe Lebensqualität am  
59 Standort Deutschland kann nur durch eine wirksame Umwelt- und Klimapolitik sowie eine bür-  
60 gerfreundliche Verbraucherschutzpolitik gesichert werden, wie sie traditionell von der CDU ver-  
61 folgt wird.

62  
63 Die CDU steht für eine Verbraucherpolitik, die den Menschen vor unsicheren und gesundheits-  
64 gefährdenden Produkten schützt und die ihm hilft, wo er ausgenutzt oder getäuscht wird. Unse-  
65 re Verbraucherpolitik bleibt aber nicht bei einer bloß reagierenden Schutzfunktion stehen, son-  
66 dern begreift den Verbraucher als wesentlichen Teilnehmer des Wirtschaftsgeschehens in der  
67 sozialen Marktwirtschaft und Mitgestalter der Globalisierung. Wer verbraucht, gestaltet – die  
68 eigene Gesundheit, das eigene Leben und auch die Gegenwart und Zukunft unserer Einen Welt.  
69 Verbraucher sind es, die an der Ladentheke über die sozialen, ethischen und ökologischen Be-  
70 dingungen mitentscheiden, unter denen weltweit Produkte hergestellt werden. Wir werden  
71 auch unsere ehrgeizigen Ziele im Klimaschutz nur erreichen, wenn die Verbraucher sie als ihr  
72 Anliegen begreifen und umsetzen. Es entspricht unserem Menschenbild, dass wir den Verbrau-  
73 chern eigenverantwortliches und ethisches Handeln zutrauen. Ziel unserer Politik ist es, dafür  
74 die Rahmenbedingungen zu schaffen. Verbraucherbildung, zuverlässige Information über Pro-  
75 dukte und Dienstleistungen und faire, wettbewerblich organisierte Märkte sind deshalb ganz  
76 wesentliche Bestandteile unserer Verbraucherstrategie und unseres Programms zur Bewahrung  
77 der Schöpfung.

78

79

## 80 **I. Klimaschutz - für die Zukunft unserer Erde**

81

### 82 **1. Klimaschutz als Kernziel der Union**

83

84 Der Klimawandel ist bereits heute Realität: die globale Erwärmung schreitet voran und gefähr-  
85 det die Schöpfung und Lebenschancen künftiger Generationen. Dieser Entwicklung gegenzu-  
86 steuern, die Schöpfung zu bewahren und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen,  
87 sind Kernanliegen christlich-demokratischer Politik.

88

89 Werden jetzt die richtigen Schritte ergriffen, kann es gelingen, die schlimmsten Auswirkungen  
90 des Klimawandels zu verhindern. Was wir heute in den Klimaschutz investieren, verhindert in  
91 der Zukunft hohe wirtschaftliche Folgekosten sowie Umwelt- und Gesundheitsschäden. Zudem  
92 lassen sich sicherheitspolitische Risiken infolge des Klimawandels minimieren. Ein wirksamer  
93 Klimaschutz sorgt dafür, dass die Lebensgrundlagen in vielen Regionen intakt bleiben und  
94 Flüchtlingsströme oder Verteilungskämpfe um Wasser und andere Ressourcen wie Energieträ-  
95 ger verhindert werden. Gleichzeitig gilt es, bereits jetzt geeignete Anpassungsstrategien an ver-  
96 änderte klimatische Bedingungen zu entwickeln.

97

98 Eine nachhaltige Entwicklung kann gelingen, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand  
99 mit dem Schutz des Klimas und der Umwelt in Einklang bringt.

100

101

## 102 **2. Gemeinsam handeln**

103

104 Ein erfolgreicher Klimaschutz erfordert ein weltweit gemeinsames Handeln. Unser Ziel ist es,  
105 dazu beizutragen, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal 2 Grad Celsius im Vergleich  
106 zur vorindustriellen Ausgangssituation zu begrenzen.

107

108 Im Rahmen der EU- und G8-Präsidentschaft unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Mer-  
109 kel ist Deutschland als Impulsgeber aufgetreten bei der Vereinbarung konkreter Ziele zur CO<sub>2</sub>-  
110 Reduktion, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz. Auf-  
111 grund der Beschlüsse der Klimakonferenz 2008 auf Bali können jetzt erstmalig Verhandlungen  
112 zur Reduktion von Treibhausgasen aufgenommen werden, die alle Industrieländer – auch die  
113 USA – umfassen. Und auch zum ersten Mal haben sich die Entwicklungsländer bereit erklärt –  
114 darunter auch die aufstrebenden wirtschaftlichen Mächte China und Indien -, sich ebenfalls am  
115 Klimaschutz zu beteiligen.

116

117 Für die Weiterentwicklung eines erfolgreichen Klimaschutz-Abkommens nach Kyoto sind drei  
118 Elemente zentral:

119

- 120 • Eine gemeinsame Verständigung über den Umfang der Emissionsminderung,
- 121 • eine gemeinsame Verständigung auf faire nationale Beiträge
- 122 • und die Einigung über die Instrumente, welche den Klimaschutz und wirtschaftli-  
123 ches Wachstum gleichermaßen ermöglichen.

124

125 Vor allem gilt es, bisher abseits stehende Industrieländer sowie die Entwicklungs- und Schwel-  
126 lenländer in ein Kyoto-Plus-Abkommen mit einzubinden. Dabei müssen wir den großen, aufstre-  
127 benden Staaten wie China und Indien das Recht auf Entwicklung einräumen.

128

129 Klimapolitik und Entwicklungspolitik gehören für uns untrennbar zusammen. Insbesondere arme  
130 Entwicklungsländer sind von der globalen Erwärmung am stärksten getroffen – gleichzeitig feh-  
131 len ihnen die technischen und finanziellen Ressourcen, um die notwendigen Klimaschutz- und  
132 Anpassungsleistungen zu schultern. Armut verstärkt den Nutzungsdruck auf die Natur und trägt  
133 zur weiteren Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung bei. Der Klimawandel wird zum  
134 Sicherheitsrisiko. Daher setzt sich die CDU dafür ein, die Entwicklungsländer bei der Begren-  
135 zung des Klimawandels und der Bewältigung seiner Folgen stärker zu unterstützen.

136

137 Vor diesem Hintergrund ist der von Bundeskanzlerin Angela Merkel angeregte Vorschlag, den  
138 CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung weltweit festzulegen und zu begrenzen, ein Beitrag zu  
139 mehr Umweltgerechtigkeit und ein Ansatz, um zu einem sinnvollen Dialog zwischen Industrie-,  
140 Schwellen- und Entwicklungsländern zu kommen.

141

142 Von großer Bedeutung ist dabei die globale Einführung des Emissionshandels. CO<sub>2</sub> muss welt-  
143 weit einen angemessenen Preis erhalten, damit sich Investitionen in klimaverträgliche Techno-  
144 logien rechnen. Klimaschutzmaßnahmen müssen vor allem dort ansetzen, wo Treibhausgase  
145 effizient und kostengünstig vermieden werden können.

146

147

148 **3. Europas Vorreiterrolle stärken**

149

150 Europa nimmt beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle ein. Die Europäische Union wird bis 2020  
151 den Treibhausgasausstoß um 30 Prozent reduzieren, wenn andere Länder folgen. Unabhängig  
152 davon hat sich die EU bereits jetzt auf eine Reduzierung ihrer Emissionen um mindestens 20  
153 Prozent bis 2020 festgelegt. Darüber hinaus sollen bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent  
154 gesteigert, der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch ebenfalls auf 20  
155 Prozent erhöht und der Biokraftstoffanteil am Gesamtkraftstoffverbrauch auf 10 Prozent ver-  
156 größert werden. Die Europäische Union ist nun gefordert, diese ambitionierten Ziele umzuset-  
157 zen und damit ihre internationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz zu bekräftigen.

158

159 Bereits 2005 hatte die Europäische Union weltweit das erste multinationale und dabei markt-  
160 wirtschaftliche Emissionshandelssystem für CO<sub>2</sub> eingeführt. Dabei wird eine Obergrenze für den  
161 CO<sub>2</sub>-Ausstoß festgelegt. Durch den Handel mit Emissionszertifikaten erfolgt die Einsparung von  
162 CO<sub>2</sub> innerhalb des Handelssystems dort, wo es am kostengünstigsten ist. Wir setzen uns dafür  
163 ein, dieses System zu erweitern, bspw. den Flugverkehr in einen europaweiten Emissionshandel  
164 mit einzubeziehen und den Emissionshandel zu einem globalen System weiterzuentwickeln.  
165 Deshalb sollte das europäische Emissionshandelssystem für Staaten und Handelssysteme au-  
166 ßerhalb der Europäischen Union schnellstmöglich geöffnet und eine Vernetzung mit den in ver-  
167 schiedenen Teilen der Welt bereits existierenden bzw. geplanten Emissionshandelssystemen  
168 erreicht werden.

169

170

171 **4. Deutschlands Führungsrolle beim Klimaschutz auch künftig wahrnehmen**

172

173 Deutschland nimmt beim Klimaschutz eine Führungsrolle ein. Von 1990 bis zum Jahr 2005 ist es  
174 gelungen, den Ausstoß von Treibhausgasen um fast 19 Prozent zu verringern. Diese Erfolgsge-  
175 schichte wollen wir fortsetzen.

176

177 Wesentliche Fortschritte beim Klimaschutz können wir nur durch innovative Lösungen und intel-  
178 ligente technologische Konzepte erreichen. Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland in der  
179 Klima- und Energieforschung führend bleibt. Für unsere Wirtschaft eröffnen sich große Export-  
180 chancen und damit die Aussicht auf zukunfts- und krisensichere Arbeitsplätze in Deutschland.  
181 Ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz wird zunehmend auch zum Kosten- und Stand-  
182 ortvorteil.

183

184 Mit dem weltweit einzigartigen „Integrierten Energie- und Klimaprogramm“ (IEKP) wird es  
185 Deutschland gelingen, seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 1990 bis 2020 um bis zu 40 Prozent zu  
186 senken. Dabei setzt Deutschland weitweit Maßstäbe in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuer-  
187 bare Energien bei Strom und Wärme sowie bei Biokraftstoffen und im Verkehr. Entscheidend  
188 sind für uns marktwirtschaftliche Anreize statt Zwang.

189

190 Zwei Ziele wird die CDU dabei nicht aus den Augen verlieren: Zum einen müssen die Energie-  
191 preise in Deutschland bezahlbar bleiben und wettbewerbsfähig sein. Zum anderen muss  
192 Deutschland bei der Energie- und Klimapolitik maßgebend bleiben.

193

194 Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Energie und der Abhängigkeit Deutschlands  
195 vom Import knapper und teurer Energierohstoffe ist eine sichere, umweltfreundliche und wirt-  
196 schaftliche Energieversorgung für uns von entscheidender Bedeutung. Eine angemessene Teil-

197 habe an Energie darf nicht zur sozialen Frage werden. Um den Anstieg der Energiepreise zu be-  
198 grenzen, wollen wir auf einen funktionierenden Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt hinwirken.

199  
200

## 201 **5. Erneuerbare Energien als Innovationsbranche ausbauen**

202

203 Bei erneuerbaren Energien ist Deutschland Weltmarktführer. Diese Chance im Hinblick auf ein  
204 umweltverträgliches Wachstum, innovative Geschäftsfelder und neue Arbeitsplätze gilt es zu  
205 nutzen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch muss weiter ausge-  
206 baut werden. Bis zum Jahr 2020 wollen wir in Deutschland einen Anteil am Gesamtenergie-  
207 verbrauch von mindestens 20 Prozent und bei der Stromerzeugung von mindestens 30 Prozent  
208 erreichen. Ziel ist, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der  
209 Energiebereitstellung in Deutschland tragen. Unsere Politik gibt dabei wichtige Impulse für die  
210 Entwicklung neuer Technologien.

211

212 Die Entwicklungschancen der Windenergie im Offshore-Bereich sowie der Solar-, Bio- und Geo-  
213 thermie wollen wir nutzen. Unser Ziel ist es, die erneuerbaren Energien schnell marktfähig zu  
214 machen. Auch vor diesem Hintergrund muss der Netzausbau in Deutschland beschleunigt und  
215 vereinfacht werden. Die bisher langwierigen Genehmigungsverfahren wollen wir entscheidend  
216 verkürzen. Nur mit dieser notwendigen Ausbaubeschleunigung werden wir unsere Ziele bei den  
217 erneuerbaren Energien erreichen.

218

219 Durch die Entwicklung alternativer Kraftstoffe wie beispielsweise Biokraftstoffe, Biogas und  
220 Wasserstoff oder die Entwicklung innovativer Antriebstechnologien wie beispielsweise Elektro-  
221 fahrzeuge auf der Basis von Strom aus erneuerbaren Energien können wir uns von der Abhän-  
222 gigkeit von Rohölimporten weiter lösen. Damit es jedoch nicht zu einer kritischen Konkurrenz  
223 zwischen Nahrungs- und Energieerzeugung kommt, wollen wir die Entwicklung der Biokraftstof-  
224 fe der 2. Generation aus Reststoffen vorantreiben. Im Rahmen einer langfristigen Biomassestra-  
225 tegie müssen etwaige Nutzungskonflikte geprüft und Nachhaltigkeitsstandards eingehalten  
226 werden.

227

228

## 229 **6. Energieeffizienz als preiswertestes und effektivstes Mittel zum Klimaschutz voran- 230 bringen**

231

232 Weltweit sind durch die Steigerung der Energieeffizienz enorme Einsparpotentiale vorhanden.  
233 Die Energieeffizienz gilt als „die am einfachsten zu erntende Frucht“. Allein die weltweiten in-  
234 dustriellen CO<sub>2</sub>-Emissionen können durch eine Verbesserung der Energieeffizienz um mindes-  
235 tens 7 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gesenkt werden. In Deutschland können durch  
236 Effizienzsteigerung 20 Prozent des gegenwärtigen Stromverbrauches wirtschaftlich und ohne  
237 Qualitätseinbußen eingespart werden. Deutschland ist nach Japan weltweit die Nummer 2 bei  
238 der Energieeffizienz, dennoch gilt es, bei uns ein erhebliches Effizienzpotential zu heben. Des-  
239 halb haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesteckt, bis 2020 die gesamtwirtschaftliche Energiepro-  
240 duktivität gegenüber 1990 zu verdoppeln.

241

242 Vor allem im Gebäudebereich kann durch Sanierungsmaßnahmen (Dämmung und Austausch  
243 veralteter Heizanlagen) bei Altbauten und durch neue Technologien bei Neubauten der Energie-  
244 verbrauch und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß stark gesenkt werden.

245

246 Bei Elektrogeräten wollen wir mit dem sogenannten Top-Runner Verfahren, bei dem der  
247 Verbrauch der effizientesten Geräte zum Standard für die Branche erhoben wird, bedarfsorien-  
248 tiert hohe Einsparungen erreichen.

249  
250 Jeder Einzelne kann beim Klimaschutz seinen Beitrag leisten. Es bedarf dazu einer besseren Be-  
251 ratung gerade von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie der Privathaushalte. Wir  
252 wollen daher eine „Effizienzstrategie Mittelstand“ ins Leben rufen, die auf eine verbesserte Auf-  
253 klärung zielt sowie zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse für Energieeffizienzmaßnahmen be-  
254 reitstellt.

255  
256 Um energiebewusstes Verhalten schon in der Schule zu schärfen, wollen wir einen bundeswei-  
257 ten Wettbewerb „Energieeffiziente Schule“ im Rahmen einer bundesweiten Projektwoche „Kli-  
258 maschutz und Energie“ ins Leben rufen.

259

260

## 261 **7. Kraftwerkspark erneuern und Energiemix realistisch gestalten**

262

263 Neben der Verbesserung der Energieeffizienz kommt der Energieerzeugung eine zentrale Be-  
264 deutung zu. Der deutsche Kraftwerkspark muss deshalb weiter modernisiert und der Neubau  
265 effizienter, klimafreundlicher Kraftwerke vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang ist  
266 auch der Ersatz alter durch moderne saubere Kohlekraftwerke ein Beitrag zum Klimaschutz.  
267 Deutschland soll bis zum Jahr 2020 den effizientesten Kraftwerkspark der Welt haben. Hierbei  
268 spielen vor allem die Verbesserung der Wirkungsgrade von Kraftwerken, die stärkere Nutzung  
269 der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle.

270

271 Um dies zu erreichen, wollen wir eine „Energiepartnerschaft“ von Energiewirtschaft, Industrie,  
272 Verbrauchern und Politik aufbauen. Mit Energiepartnerschaften können Verbraucher, Energie-  
273 erzeuger und Staat gemeinsam viel für den Klimaschutz erreichen. Energieerzeuger sollten dabei  
274 erhöhte Investitionen in die Netze und den Kraftwerkspark sowie in die Forschung einbringen.  
275 Staatlicherseits müssten die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und verbes-  
276 sert werden. Den Endverbrauchern käme dies durch günstigere Strompreise zu Gute. Gleichzei-  
277 tig müssen aber die Preisbildung transparent und die Preise vergleichbar gemacht werden, da-  
278 mit der Bürger weiß, wofür er wie viel zahlt.

279

280 Grundlage einer sicheren, umweltverträglichen und wirtschaftlich tragbaren Energieversorgung  
281 ist ein breit gefächertes Energiemix, der sowohl fossile Energieträger, erneuerbare Energien aber  
282 auch die Kernenergie umfasst. Auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung kann auf  
283 absehbare Zeit in Deutschland nicht verzichtet werden. Durch eine Verlängerung der Laufzeiten  
284 von sicheren Kernkraftwerken ist es möglich, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klima-  
285 freundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Vor-  
286 rangig ist für uns dabei, das größtmögliche Sicherheitsniveau jeder Anlage zu gewährleisten.

287

288

## 289 **8. Forschung und Innovation weiter stärken**

290

291 Wir setzen auf eine breit angelegte offene Energieforschung und Technologieentwicklung, die  
292 hilft, klimaschonende Energieträger zu erschließen und Klimatechnologien zu entwickeln bzw.  
293 weiter zu entwickeln. Hierzu gehören saubere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch die For-  
294 schung im Bereich der Kerntechnik und Kernfusion. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die  
295 bestehende Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die weiter ausgebaut wer-

296 den sollte. Die vorhandene Expertise Deutschlands bei der Sicherheit kerntechnischer Anlagen  
297 gilt es zu bewahren und weiter zu entwickeln. Sie sichert Arbeitsplätze in Deutschland und trägt  
298 weltweit zur Sicherheit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei.

299  
300 Angesichts der weltweiten Bedeutung fossiler Energieträger, vor allem auch dem wachsenden  
301 Anteil von Kohle insbesondere in den Schwellenländern, ist es von großer Bedeutung, deren  
302 Einsatz durch Wirkungsgradsteigerung, aber auch durch neue Technologien wie der Speicherung  
303 von Kohlendioxid im Untergrund, so klimaverträglich wie möglich zu gestalten. Das Verfahren  
304 zur Abtrennung und unterirdischen Lagerung von in Kohle- oder Gaskraftwerken erzeugtem  
305 Kohlendioxid steht noch am Anfang. Gelingt es, diese Technik marktreif zu machen, eröffnen  
306 sich durch kohlendioxidarme Kohle- und Gaskraftwerke neue Optionen umweltschonender  
307 Energieerzeugung.

308  
309 Bei Energiespeichern und alternativen Kraftstoffen wollen wir die Forschung im Bereich der  
310 Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik intensivieren. Gleichzeitig müssen die infrastrukturel-  
311 len Voraussetzungen für die Nutzung der Wasserstofftechnik geschaffen werden. Die Weiter-  
312 entwicklung von Energiespeichern ist auch eine elementare Grundlage für die bessere Nutzung  
313 erneuerbarer Energien. Solche Energiespeicher können es ermöglichen, dass die aus Wind und  
314 Sonne gewonnene Energie jederzeit nutzbar ist. Nur so können wir die sogenannte Grundlastfä-  
315 higkeit der Erneuerbaren Energien erreichen. Für Innovationen und die Weiterentwicklung neu-  
316 er Technologien bei der Übertragung von Strom zeigt sich die CDU, insbesondere vor dem Hin-  
317 tergrund des zu erwartenden Neubaus von Stromkabeltrassen, offen.

318  
319 Darüber hinaus wollen wir die Forschung zur nachhaltigen Biomasseerzeugung und zur Optimie-  
320 rung der Relation zwischen Nahrungsmittelproduktion und nachwachsenden Rohstoffen voran-  
321 bringen.

322

323

## 324 **9. Städte und Verkehr als zentrale Herausforderung**

325

326 Städte sind Brennpunkte des Wirtschaftswachstums aber auch des Klimawandels. Zum ersten  
327 Mal in der Geschichte der Menschheit leben heute mehr als 50 % der Weltbevölkerung in Städ-  
328 ten, im Jahr 2020 werden es bereits mehr als 60 % sein. Auch als Folge eines hohen, häufig we-  
329 nig effizienten Energieeinsatzes erzeugen sie rund 80 Prozent der klimawirksamen Treibhausga-  
330 se, obwohl sie nur 0,4 Prozent der Erdoberfläche bedecken. Dem müssen sich Stadtplanung und  
331 Infrastrukturausbau stellen. Gleichzeitig wirken sich die Folgen der globalen Erwärmung wegen  
332 der dort vorhandenen hohen Menschen- und Wertekonzentration verschärft aus. In unseren  
333 Städten wird es sich letztlich entscheiden, ob wir dem Klimawandel durch mehr Energieeffizienz  
334 und neue Technologien Einhalt gebieten können.

335

336 Vor allem im Gebäudebereich kann durch energetische Sanierung der Energieverbrauch und der  
337 CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich gesenkt werden. Regenerative Wärme aus erneuerbaren Energien kann  
338 auch im städtischen Raum eine bedeutende Rolle spielen und damit entscheidend zum Klima-  
339 schutz mit beitragen.

340

341 Beispielhaft für eine moderne großstädtische Modellregion möchte der Hamburger Senat mit  
342 einem Klimaschutzkonzept, das viele Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Le-  
343 bens einbezieht, eine Vorreiterrolle für wirksamen und nachhaltigen Klimaschutz übernehmen.

344

345 Besonders im Verkehrsbereich kann ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgas-  
346 emissionen geleistet werden. Als Anreiz ist eine am CO<sub>2</sub>- Ausstoß orientierte Kfz-Steuer hierfür  
347 ein wichtiger Ansatz. Neben Maßnahmen zur Erhöhung der Kraftstoffeffizienz und der Entwick-  
348 lung alternativer Antriebssysteme sind weitere Anstrengungen nötig, die zu einer effizienteren  
349 Nutzung aller Verkehrsträger und einem Wandel im Mobilitätsverhalten ohne Qualitätseinbu-  
350 ßen führen. Hierzu zählen beispielsweise die Stauvermeidung durch intelligente Ampelsysteme  
351 und moderne Verkehrsleitsysteme und eine übergeordnete integrierte Verkehrswege- und -  
352 netzplanung. Straße, Schiene, Luft und Wasserstraßen müssen zukünftig mit ihren jeweiligen  
353 Stärken besser zusammenwirken.

354

355

## 356 **10. Klimaschutz bürgernah gestalten**

357

358 Wir wollen beim Thema Klimaschutz den Bürgern nicht von oben zentrale Zwangsmaßnahmen  
359 verordnen, sondern ihn durch Aufklärung und marktwirtschaftliche Anreize mitnehmen. Klima-  
360 schutz kann nur erfolgreich sein, wenn er auch vor Ort und im täglichen Leben praktiziert wird.  
361 Deshalb müssen Bund, Länder, Landkreise, Städte, Gemeinden und Bürger gemeinsam an einem  
362 Strang ziehen. Hierfür wollen wir eine „Lokale Agenda Klimaschutz“ schaffen, die Klimaschutz-  
363 maßnahmen vor Ort unterstützt und fördert.

364

365 Klima- und Umweltschutz sind Querschnittsaufgaben, die auf allen politischen Ebenen ein abge-  
366 stimmtes Handeln voraussetzen.

367

368

## 369 **II. Umweltschutz – für den Erhalt unserer Heimat und Lebensgrundlagen**

370

### 371 **1. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen**

372

373 Eine hohe Artenvielfalt mit Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen ist eine Voraussetzung für  
374 sauberes Wasser, gesunde Luft und fruchtbare Böden, auf denen gesunde Nahrungsmittel er-  
375 zeugt werden können.

376

377 Eine intakte Natur ist auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Schätzungen ergeben einen jährli-  
378 chen Marktwert der aus den genetischen Ressourcen abgeleiteten Produkte von 500 bis  
379 800 Mrd. US \$. Weltweit beträgt der Umsatz von Arzneimitteln pflanzlichen Ursprungs etwa  
380 20 Mrd. US \$ pro Jahr. Auch der Tourismus, der in Deutschland derzeit knapp 3 Millionen Ar-  
381 beitsplätze sichert, ist auf die Natur angewiesen. Biodiversität sichert Wertschöpfung und Be-  
382 schäftigung.

383

384 In den letzten 20 Jahren hat Deutschland große Fortschritte beim Schutz der Umwelt gemacht  
385 und einen weit überdurchschnittlichen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz in Europa und  
386 weltweit geleistet. Seit der Wiedervereinigung ist es unter einer CDU-geführten Bundesregie-  
387 rung innerhalb eines Jahrzehnts gelungen, insbesondere im Bereich der Luftreinhaltung und des  
388 Gewässerschutzes einen regelrechten Quantensprung zu erreichen und das Umweltgefälle zwi-  
389 schen Ost- und Westdeutschland abzubauen.

390

391 Die globalen Herausforderungen sind immens: Im Jahr 2025 werden knapp 8 Milliarden Men-  
392 schen auf der Erde leben, im Jahr 2050 bereits rund 9,2 Milliarden. Der Nutzungsdruck auf die  
393 Natur wird insbesondere in den sich entwickelnden Volkswirtschaften wie China und Indien stei-

394 gen. Auch national steht der Naturschutz vor neuen Herausforderungen wie etwa Alterung der  
395 Bevölkerung, Wanderungsbewegungen sowie der wirtschaftliche und regionale Strukturwandel.

396

397

## 398 **2. Neue Ansätze im Naturschutz und bei der Entwicklung der Kulturlandschaft**

399

400 Felder, Wiesen, Weiden und Wälder sind ein wichtiger Teil unserer Lebensgrundlage. Sie ernäh-  
401 ren uns, schützen die biologische Vielfalt und sind Orte der Erholung. Das Nebeneinander von  
402 Nutzung und Naturschutz ist die Stärke ländlicher Räume und sorgt für Biodiversität, wirtschaft-  
403 liche Leistungsfähigkeit und sozialen Wohlstand in diesen Gebieten. Landwirtschaft, Forstwirt-  
404 schaft oder Tourismus sind nachhaltig nur in einer funktionsfähigen Natur und in einer vielfälti-  
405 gen Kulturlandschaft realisierbar.

406

407 Intakte Meeres- und Küstenökosysteme leisten einen bedeutenden Beitrag für die Ernährung  
408 und den Küstenschutz. Raubbau an den maritimen Ökosystemen und Überfischung müssen ge-  
409 stoppt und eine nachhaltige Nutzung der Meere und Küsten erreicht werden. Wir setzen uns für  
410 ein weltweites Netz des Lebens zu Lande und auf See mit Schutzgebieten und Gebieten diffe-  
411 renzierter Nutzung ein.

412

413 Natur und Kulturlandschaften haben die Identität der Menschen über Generationen geprägt. Sie  
414 sind nicht nur Lebensraum, sondern auch Orte der Erinnerung, Orte des Zusammenlebens und  
415 des zusammen Erlebens mit Familie und Freunden. Diesen „Lebensraum“ Heimat braucht der  
416 Mensch gerade angesichts der Globalisierung und Modernisierung ganz besonders.

417

418 Die CDU tritt ein für eine innovative und flexible Naturschutzpolitik. Instrumente und Maßnah-  
419 men müssen den jeweiligen lokalen und regionalen natürlichen Gegebenheiten sowie den öko-  
420 nomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen angepasst werden. Kooperation mit den  
421 Vor-Ort Betroffenen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine gelingende Naturschutzpoli-  
422 tik. Wir treten für folgende Schwerpunkte ein:

423

- 424 ● Zur Sicherung der nachhaltigen Funktionsfähigkeit der Ökosysteme setzt sich die CDU  
425 für eine Vernetzung ökologisch besonders wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem  
426 unter stärkerer Einbindung der Kulturlandschaften ein.
- 427 ● Elemente der Kulturlandschaft, die das Resultat historischer Nutzungsformen sind (z.B.  
428 Heiden, Streuwiesen, Niederwälder), bedürfen zur Erhaltung einer nachhaltigen Nutzung  
429 oder angepassten Pflege. Die CDU setzt sich daher für die Weiterentwicklung von In-  
430 strumenten des Natur- und Landschaftsschutzes wie bspw. Vertragsnaturschutz und Ein-  
431 richtung von Ökokonten für Pflegemaßnahmen ein.
- 432 ● Möglichkeiten eines stärkeren privaten finanziellen Engagements, wie z.B. von Stiftun-  
433 gen, bei der Unterhaltung von Naturparks und Schutzgebieten wollen wir prüfen.
- 434 ● Die europäische Agrarpolitik muss insbesondere bei der finanziellen Flankierung des  
435 Strukturwandels in den ländlichen Räumen gestärkt werden und dabei den Naturschutz  
436 als Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum stärker berücksichtigen.
- 437 ● Die Flora-Fauna-Habitat- und die Vogelschutzrichtlinie wollen wir mit Augenmaß umset-  
438 zen und dabei mehr als bislang auch die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der  
439  
440  
441  
442

443 Menschen in den betroffenen Gebieten berücksichtigen.

444

445 • Die Erforschung der Reaktion der Ökosysteme auf neue Entwicklungen wie den Klima-  
446 wandel wollen wir in den Mittelpunkt der Ökosystemforschung stellen. Dabei sind auch  
447 Langzeitforschung und Dauerversuche wichtig. Darüber hinaus wollen wir auch regional-  
448 spezifische Anpassungsstrategien bspw. die Züchtung trocken- und hitzetoleranter  
449 Pflanzensorten stärker als bislang entwickeln.

450

451 • Die Einstellung der Menschen zur Natur ist von großer Bedeutung. Vor diesem Hinter-  
452 grund wollen wir einen Schwerpunkt auf eine Bildung und Erziehung legen, die den Wert  
453 der Natur noch stärker vermittelt.

454

455

### 456 **3. Globale Verantwortung im Naturschutz übernehmen**

457

458 In vielen Entwicklungsländern entwickelt sich ein Teufelskreis aus Übernutzung, Armut, daraus  
459 resultierender weiterer Übernutzung und Verschlimmerung der Armut. Die Entwicklungszu-  
460 sammenarbeit muss daher den Schutz der natürlichen Lebensgrundlage zu einem Schwerpunkt  
461 ihrer Bemühungen machen.

462

463 Um unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden, wollen wir Hilfe leisten beim Aufbau  
464 guter Regierungsstrukturen zur Durchsetzung einer nachhaltigen Umweltpolitik. Auch an der  
465 Entwicklung von anspruchsvollen Nachhaltigkeitskriterien in unbürokratischen globalen Zertifi-  
466 zierungssystemen für den internationalen Handel mit Produkten werden wir uns beteiligen.

467

468 In internationalen Verhandlungen wollen wir die Anstrengungen zum Schutz der Wälder und  
469 Feuchtgebiete in Entwicklungsländern verstärken. Dabei gilt es insbesondere, Anreizsysteme für  
470 vermiedene Entwaldung zu schaffen. Wir befürworten die Weiterentwicklung des Umweltpro-  
471 gramms der Vereinten Nationen (UNEP) zu einer eigenständigen Umweltorganisation, um dem  
472 globalen Schutz von Natur und Umwelt mehr Gewicht zu verleihen.

473

474

### 475 **4. Boden – einen wertvollen „Rohstoff“ erhalten**

476

477 Boden ist eine nicht erneuerbare Ressource, Grundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere,  
478 Pflanzen und Mikroorganismen. Als Puffer und Speicher ist Boden für Nährstoffe, den Grund-  
479 /Trinkwasserschutz und ebenso für Klima und Atmosphäre von herausragender Bedeutung.  
480 Funktionstüchtiger Boden kann erheblich zur Minderung der Klimafolgen beitragen – insbeson-  
481 dere im Hinblick auf Niederschlag und schädliche Klimagase.

482

483 In Deutschland, mit etwa 220 Einwohnern pro km<sup>2</sup> doppelt so dicht besiedelt wie der EU-  
484 Durchschnitt, unterliegt die Bodenfläche im Besonderen vielfältigen und oft konkurrierenden  
485 Nutzungsinteressen: Rohstoffabbau, Siedlung, Verkehr, Erholung, land- und forstwirtschaftliche  
486 Nutzung. Dabei weisen gerade industriell vorgeprägte Räume oft schädliche Bodenveränderun-  
487 gen im Sinne von Altlasten auf.

488

489 Gleichwohl existiert ein seit Jahrzehnten unverändert hoher Flächen(neu)verbrauch von etwa  
490 100 ha pro Tag. Diese Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen geht vorrangig zu Lasten  
491 von Agrar-, Wald-, Naturflächen, aber auch zu Lasten der Lebensqualität insbesondere durch

492 Zersiedlung. Hinzu kommt ein immenser Bestand von Altflächen gewerblicher und nicht ge-  
493 werblicher Vornutzung, der rechnerisch den Neubedarf von Flächen für mehrere Jahre deckt.

494

495

## 496 **5. Intelligentes Flächenmanagement – für eine schonende und nachhaltige Nutzung**

497

498 In Deutschland wollen wir strategische Lösungsansätze zum Ver- und Gebrauch der Ressource  
499 Boden entwickeln. Die Flächennutzung muss angemessen und standortgerecht sein. Eingriffe  
500 sind mit Blick auf irreversible Bodenveränderungen oder gar -schäden auf ein Minimum zu be-  
501 schränken. Flächenrecycling, -aufbereitung muss Vorrang vor Flächenneuverbrauch haben. Alt-  
502 flächen sind Potential-Flächen, die für die Wiedernutzung prioritär sein müssen. Sie sollen für  
503 eine Siedlungs- oder Gewerbeentwicklung wieder verkehrsfähig gemacht oder aber renaturiert  
504 werden. Flächenressourcenmanagement ist umweltschonendes und kostensenkendes Ziel.

505

506 Wir wollen den Flächenverbrauch auf 30 ha / Tag bis zum Jahr 2020 reduzieren und für ein Flä-  
507 chenressourcenmanagement finanzielle Anreizinstrumente entwickeln. Bis zum Jahr 2015 soll  
508 eine Halbierung des Altflächenbestands in Deutschland durch Reaktivierung oder Recycling -  
509 auch als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme erfolgen. Darüber hinaus wollen wir Anreize zur Min-  
510 derung des Flächenverbrauchs und zur Stärkung des Flächenrecycling schaffen, wie beispiels-  
511 weise eine Abgabe für Neuverbrauch auf der „grünen Wiese“ oder ein Flächenpfand, dessen Hö-  
512 he sich an dem Eingriffsgrad bemisst. Wir beabsichtigen, Anreize für interkommunale, intraregi-  
513 onale Abstimmung bei Gewerbeansiedlung zu setzen, die Grundsteuer auf Altflächen an die po-  
514 tentiell mögliche Nutzung anzupassen, vereinfachte Erwerbsmöglichkeit von Altflächen für  
515 Kommunen zu schaffen sowie die Abschreibungsmöglichkeiten von Sanierungsaufwendungen  
516 zu verbessern.

517

518 Zur Steuerung der Flächennutzung und -aufbereitung befürworten wir eine verbindliche Ent-  
519 wicklung von Managementplänen, vereinfachtes Daten-, Planungsmaterial zum Boden sowie die  
520 Bildung von Altflächenpools für Bund, Land und Region.

521

522 Auf europäischer Ebene setzen wir uns für das Ziel der Harmonisierung von Lebens- und Wirt-  
523 schaftsverhältnissen sowie von Umweltstandards ein. Vorrangig müssen einerseits regionale  
524 Defizite behoben und andererseits Vorleistungen in Mitgliedstaaten mit einem hohen Umwelt-  
525 niveau wie in Deutschland anerkannt werden.

526

527

## 528 **6. Wasser schützen und vernünftig nutzen**

529

530 Wasser bildet die Voraussetzung und Grundlage allen Lebens: Es ist elementarer Lebensraum für  
531 Pflanzen und Tiere. Zudem ist es unser wichtigstes Lebensmittel und unverzichtbar für die Hy-  
532 giene; die Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine einwandfreie Entsorgung des Ab-  
533 wassers sind Voraussetzung für den Erhalt unserer Gesundheit. Zugleich ist Wasser ein bedeu-  
534 tender Freizeit- und Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Überdies liefert Wasserkraft rund  
535 ein Drittel des Stroms aus erneuerbaren Energien in Deutschland.

536

537 Wir verfügen über ausreichend und qualitativ hervorragendes Trinkwasser, das allerorts beden-  
538 kenlos getrunken werden kann. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Trinkwasserquali-  
539 tät ist flächendeckend sichergestellt. Es ist unsere Aufgabe, die Qualität der deutschen Gewäs-  
540 ser weiter zu verbessern. Viele Gewässer sind nach wie vor mit Fremdstoffen belastet. Insbe-  
541 sondere aus der Landwirtschaft gelangen immer noch zuviel Phosphat, Stickstoff und Pflanzen-

542 schutzmittel in die Flüsse. Infolge von Wasserbaumaßnahmen sind nur noch etwa ein Fünftel der  
543 insgesamt 400.000 Kilometer langen deutschen Flüsse und Bäche in einem naturnahen Zustand.  
544 Unter Berücksichtigung der Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie muss sich die Gewässer-  
545 politik der Zukunft an folgenden Eckpunkten ausrichten:

- 546
- 547 • **Zusammenhängende Betrachtung:** Grundwasser und Oberflächenwasser stehen – un-  
548 geachtet staatlicher Grenzen – in enger Wechselwirkung. Unsere anspruchsvollen Anfor-  
549 derungen an die Gewässerqualität wollen wir auch in Europa und insbesondere gemein-  
550 sam mit unseren Nachbarländern umzusetzen;
- 551 • **Schadstoffe vermindern:** Der Schadstoffeintrag an Schwermetallen, Pflanzenschutzmit-  
552 teln und deren Metaboliten, von Arzneimittelwirkstoffen sowie von Nährstoffen und bak-  
553 teriellen Verunreinigungen etc. muss vermieden bzw. noch stärker reduziert und Vorsor-  
554 gemaßnahmen für seuchenhygienische Probleme weiterentwickelt werden;
- 555 • **Vorbeugen ist besser als Heilen:** Vorausschauender Gewässerschutz bewirkt letztlich  
556 mehr und ist langfristig preiswerter als das nachträgliche Beheben von Schäden und Feh-  
557 lern;
- 558 • **Ausgleich widerstreitender Interessen:** Gewässerschutz ist ein zentraler Aspekt des  
559 Umweltschutzes, berührt aber regelmäßig auch andere, insbesondere wirtschaftliche Be-  
560 lange. Als Aufgabe unserer Umweltpolitik sehen wir daher, unter Beachtung des Gebots  
561 der Verhältnismäßigkeit, einen Ausgleich widerstreitender Interessen herbeizuführen.

562

563 Wir halten den verstärkten Anbau von Energiepflanzen auf zuvor stillgelegten Flächen oder auf  
564 Grünflächen einhergehend mit einer verstärkten Düngung und dem Einsatz von Pflanzen-  
565 schutzmitteln unter der Maßgabe für sinnvoll, dass es nicht zu erhöhten Einträgen von Nitrat  
566 und Pflanzenschutzmitteln ins Grundwasser kommt.

567

568 Um den hohen Standard der Abwasserentsorgung in Deutschland langfristig nachhaltig zu si-  
569 chern, sind Anpassungen an den Stand der Technik, eine weitere Optimierung des Betriebs so-  
570 wie eine regelmäßige Erneuerung, Sanierung und Modernisierung der Kanäle und Anlagen not-  
571 wendig. Eine besondere Rolle spielen angesichts des Bevölkerungsrückgangs im Zuge des de-  
572 mografischen Wandels Anpassungsmaßnahmen wie vermehrtes Spülen der Leitungen, eine an-  
573 gepasste Dimensionierung oder der Rückbau von Netzen und Anlagen sowie dezentrale Konzep-  
574 te zur Abwasserbeseitigung.

575

576 Zur Steigerung der Effizienz und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit befindet sich die kleinteil-  
577 lig und dezentral strukturierte deutsche Wasserwirtschaft in einem Modernisierungsprozess.  
578 Wir begrüßen die Entwicklung effizienter, kundenorientierter und wettbewerbsfähiger Dienst-  
579 leistungsunternehmen und räumen dabei umwelt- und gesundheitspolitischen Belangen einen  
580 hohen Stellenwert ein. Die Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Trinkwasser sowie die  
581 Entsorgung des Abwassers sind Aufgaben der Daseinsvorsorge und liegen in der Zuständigkeit  
582 der Städte und Gemeinden. Wir wollen sie in einem Miteinander von kommunalen und privaten  
583 Unternehmen den steigenden Wettbewerbsanforderungen anpassen. Ein bundesweites, trans-  
584 parentes Benchmarking der öffentlichen und privaten Unternehmen ist dabei ein sinnvolles In-  
585 strument, das wir ausbauen wollen. Die wasserwirtschaftlichen Kompetenzen und technischen  
586 Innovationen wollen wir fördern und befürworten den Aufbau einer Innovationsplattform Was-  
587 ser.

588

589 **7. Neue Herausforderungen der Wasserwirtschaft durch den Klimawandel**

590

591 Der Klimawandel erfordert auch ein Umdenken bei wasserpolitischen Fragen. Zum einen kann  
592 die sinnvolle Nutzung von Wasserkraft dabei helfen, Treibhausgasemissionen zu verringern.  
593 Zum anderen muss sich Deutschland insbesondere beim Hochwasserschutz auf neue klimati-  
594 sche Gegebenheiten einstellen.

595

596 Der Klimawandel lässt längere und trockenere Sommer erwarten. Dies kann in erhöhtem Maße  
597 Rückhaltebecken für Trink- und Brauchwasser zur Bewässerung im Pflanzenbau erforderlich ma-  
598 chen. Ferner kann es die Nutzung von Flusswasser als Energiequelle erschweren. Gleichwohl  
599 räumen wir der Energiegewinnung insbesondere durch die große Wasserkraft zur Vermeidung  
600 von Treibhausgasen eine besondere Bedeutung ein. Darüber hinaus messen wir der weiteren  
601 Erforschung der Nutzung der Gezeitenkräfte durch den Einsatz von Meereswasserkraftanlagen  
602 einen hohen Stellenwert bei.

603

604 Mögliche Beeinträchtigungen des Grundwassers durch die – zur CO<sub>2</sub>-Minderung wünschens-  
605 werten – verstärkte Nutzung der Geothermie können zu einem Interessenkonflikt führen. Die  
606 Auswirkungen müssen weiter analysiert und entsprechende Lösungen entwickelt werden.

607

608 Der Klimawandel wird voraussichtlich auch zu häufiger auftretenden Überflutungen führen.  
609 Steigende Meeres- und Flussspiegel werden den Schutzeffekt von Wellenbrechern und Kaimau-  
610 ern schwächen. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich grenzübergreifend abstimmen, um ein  
611 wirksames Hochwasserrisikomanagement zu etablieren. Dem Privatsektor wird bei der Anpas-  
612 sung die veränderten Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle zukommen. Die sinnvolle  
613 Nutzung von Public Private Partnership (PPP-)Modellen sehen wir als eine Möglichkeit an, kost-  
614 spielige Maßnahmen wie die Anhebung von Deichen, die Umsiedlung von Häfen, Industrieanla-  
615 gen sowie einzelnen Siedlungen aus tief liegenden Küstengebieten finanzierbar zu machen. Dies  
616 erfordert eine unmittelbare Berücksichtigung bei der Raum- und Flächennutzungsplanung und  
617 eine Anpassung von Baunormen und bei der Einrichtung von Frühwarnsystemen für Hochwas-  
618 ser.

619

620

621 **8. Abfall- und Ressourcenmanagement – die Kreislaufwirtschaft intensivieren**

622

623 Die CDU hat die Abfallwirtschaft in Deutschland zu einem Erfolgsmodell entwickelt, das weit  
624 über nationale und europäische Grenzen als vorbildlich gilt. Wir begreifen unsere Rohstoffe, die  
625 immer knapper und teurer werden, als Wertstoffe, die dem Nutzungskreislauf erhalten werden  
626 müssen.

627

628 Aufgrund veränderter Rahmen- und Marktbedingungen besteht jedoch die Notwendigkeit, das  
629 Abfall- und Ressourcenmanagement in Deutschland weiter zu entwickeln. Die CDU setzt sich  
630 dafür ein, die beiden Grundprinzipien unserer Abfallwirtschaft, das Verursacherprinzip und die  
631 Produktverantwortlichkeit konsequent umzusetzen und an die sich verändernde Produkt- und  
632 Entsorgungslandschaft anzupassen.

633

634 Wir wollen die Abfallwirtschaft und das Ressourcenmanagement stärker in den europäischen  
635 Kontext stellen. Angesichts der zunehmenden Kompetenz und rechtlichen Rahmensetzungen  
636 durch die europäische Ebene ist eine Harmonisierung innerhalb der EU in Praxis und Vollzug  
637 dringend notwendig. Vor dem Hintergrund der mittlerweile existenziellen Bedeutung einer  
638 künftigen europäischen Energieversorgung erscheint uns der Vorrang stofflicher Verwertung

639 vor energetischer Verwertung nicht mehr zeitgemäß. Die europäische Perspektive liegt langfris-  
640 tig vielmehr in einer weitgehenden Gleichsetzung der beiden Verwertungswege.

641  
642 Die CDU setzt sich im Entsorgungsbereich für einen offenen europäischen Markt ein. Im Gegen-  
643 zug müssen die Entsorgungswege innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes wesentlich  
644 transparenter werden.

645  
646 Im Abfallbereich wollen wir dafür sorgen, dass rechtliche Regelungen übersichtlicher und tech-  
647 nische Standards einfacher, klarer und eindeutiger werden. Eine Bündelung und Harmonisierung  
648 der unterschiedlichen rechtlichen Vorgaben und Definitionen ist sinnvoll – vor diesem Hinter-  
649 grund befürwortet die CDU eine Integration der Verpackungsverordnung in das Kreislaufwirt-  
650 schaftsgesetz.

651  
652 Die unverkennbare Oligopolbildung in der deutschen bzw. europäischen Entsorgungswirtschaft  
653 betrachten wir mit großer Sorge. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine stärkere Steu-  
654 erungskompetenz der Kommunen, insbesondere im Bereich der häuslichen Abfälle ein. Hier er-  
655 warten unsere Bürger zu Recht eine ganzheitliche Lösung. Damit zusätzliche Synergieeffekte,  
656 höhere Gesamteffizienz und technische Innovationen möglich werden, wollen wir das Duale  
657 System und die aktuellen Standards weiter entwickeln. Die Produktverantwortlichkeit der priva-  
658 ten Wirtschaft muss dabei nach wie vor garantiert und die Finanzierung für die Kommunen gesi-  
659 chert sein. Bei der Entsorgung von Gewerbeabfällen befürworten wir die Verantwortung der  
660 privaten Entsorgungswirtschaft. Insgesamt setzen wir uns für eine Gleichwertigkeit von privater  
661 und öffentlicher Aufgabenerfüllung und Verantwortlichkeit ein.

## 662 663 664 **9. Umweltschonende Mobilität – alle Verkehrsträger einbinden**

665  
666 Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme am wirtschaftlichen und gesell-  
667 schaftlichen Leben sowie für Handel und Produktion. Mobilität hat aber auch belastende Aus-  
668 wirkungen für die Umwelt und die Gesundheit: zum Beispiel beträgt der verkehrsbedingte Koh-  
669 lendioxid (CO<sub>2</sub>)-Ausstoß in Deutschland ein Fünftel des Gesamtausstoßes und trägt so zum Kli-  
670 mawandel bei. Luftverunreinigungen, Lärm und der stetige Verkehrszuwachs, insbesondere im  
671 Freizeitbereich, beeinträchtigen darüber hinaus Gesundheit, Natur und Landschaft. Hochrech-  
672 nungen gehen davon aus, dass der Anteil des Straßenverkehrs am gesamten Verkehr bis zum  
673 Jahr 2015 auf zwei Drittel angewachsen sein wird. Das Ziel Mobilität und Umweltschutz zu ver-  
674 einbaren, ist daher eine Herausforderung für die Politik und bedarf komplexer Lösungsansätze.

675  
676 In Zukunft müssen verstärkte Anstrengungen zur Reduzierung der Treibhausemissionen im  
677 Transportsektor unternommen werden. Entscheidende Schlüssel sind die technische Motoren-  
678 optimierung zur Erhöhung der Kraftstoffeffizienz und Verbrauchsreduzierung sowie die Ent-  
679 wicklung alternativer Antriebssysteme. Als Anreiz ist eine am CO<sub>2</sub>- Ausstoß orientierte Kfz-  
680 Steuer hierfür ein wichtiger Ansatz.

681  
682 Durch die Entwicklung alternativer Kraftstoffe, wie beispielsweise Wasserstoff, und innovativer  
683 Antriebstechnologien kann das Ziel der Entwicklung preisgünstiger, sauberer Kraftstoffe voran-  
684 getrieben werden. Für eine positive CO<sub>2</sub>-Bilanz ist bei der Entwicklung der Wasserstofftechno-  
685 logie insbesondere die regenerative und wettbewerbsfähige Erzeugung des Wasserstoffs zu ge-  
686 währleisten. Zusammen mit Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir den Aufbau eines „Wasser-  
687 stoff-Netzes“ in Deutschland prüfen, um die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Nutzung  
688 der Wasserstofftechnik zu schaffen. Die Entwicklung von Biokraftstoffen der 2. Generation aus

689 Reststoffen wollen wir vorantreiben. Beim Import und bei der heimischen Produktion von Bio-  
690 masse muss allerdings auf Nachhaltigkeit des Anbaus geachtet werden, um eine positive Klima-  
691 und Umweltbilanz über den gesamten Produktions- und Verbrauchszyklus sicherzustellen.  
692

693 Eine weitere Senkung des Kraftstoffverbrauchs und dadurch bedingte Verbesserung der Emissi-  
694 onsbilanz kann durch die Schulung in ökonomischer und umweltschonender Fahrweise erreicht  
695 werden. Derartige Schulungen müssen in den Ausbildungsplan von Führerscheinanwärtern auf-  
696 genommen sowie als Auffrischungstraining angeboten werden.  
697

698 Darüber hinaus wollen wir weitere Maßnahmen ergreifen, die zu einer effizienteren Nutzung  
699 aller Verkehrsträger und zu einem Wandel im Mobilitätsverhalten führen. Hierzu zählen bei-  
700 spielsweise auch eine stauvermeidende Verkehrssteuerung durch intelligente Ampelsysteme  
701 und moderne Verkehrsleitsysteme. Straße, Schiene, Luft und Wasserstraßen müssen zukünftig  
702 mit ihren jeweiligen Stärken besser zusammenwirken, um Verkehrsabläufe effizienter zu gestal-  
703 ten und Klimabelastungen zu verringern. Generell müssen vorrangig wertschöpfende Verkehre  
704 begünstigt werden.  
705

706 Jeder Bürger kann eigenverantwortlich zur Reduzierung der verkehrsbedingten Umweltbelas-  
707 tungen beitragen. Dies gilt insbesondere für den Freizeitverkehr, der bislang in Deutschland  
708 zwei Drittel des Pkw-Verkehrs ausmacht. Das Fahrrad spielt als umweltfreundliches Verkehrs-  
709 mittel eine Schlüsselrolle. Die Union setzt sich konsequent für die Stärkung des Radverkehrs und  
710 die bessere Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln ein.  
711

712 Die neue Flexibilität und Angebotsvielfalt im Flugverkehr, gerade durch die sogenannten Billig-  
713 flüge, hat neue Perspektiven an Mobilität eröffnet. Allerdings trägt der weltweite Luftverkehr  
714 innerhalb des Verkehrssektors einen wachsenden Anteil an den gesamten vom Menschen verur-  
715 sachten Klimaauswirkungen; etwa ein Drittel dieser Emissionen werden europaweit verursacht.  
716 Wir befürworten die Einbindung des Flugverkehrs in das europäische und langfristig in ein offe-  
717 nes, globales Emissionshandelssystem, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.  
718 Darüber hinaus sind die Schaffung eines umfassenden Flugverkehrsmanagement und einer op-  
719 timierten Flugverkehrskontrolle kosteneffiziente Maßnahmen, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter zu  
720 verringern. Auch muss die Schaffung eines einheitlichen Luftraumes dringend vorangetrieben  
721 werden, der Einsparpotentiale beim Treibstoffverbrauch von bis zu 12 Prozent birgt.  
722

723 Der Transportweg Bahn leistet einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Eine Reduzierung  
724 der durch den Anstieg des Schienenverkehrs bedingten Treibhausgasemissionen muss durch  
725 eine bessere Auslastung im Nah- und Fernverkehr sowie die technische Optimierung von Zug-  
726 system und Infrastruktur erreicht werden. Hier müssen Anreize geschaffen werden, um die An-  
727 wendung verbesserter Technologien und die Attraktivität des Transportmittels Bahn zu steigern.  
728 Damit der Verkehrsträger Schiene seinen wichtigen Aufgaben gerecht werden kann, wird die  
729 Union dafür Sorge tragen, dass die Bahnreform in Deutschland zum Abschluss gebracht und  
730 dass der diskriminierungsfreie Netzzugang für die Wettbewerber der Bahn gewährleistet wird.  
731 Die Privatisierung der Bahn ist notwendig, um sie fit für die Zukunft zu machen. Dazu braucht  
732 die Bahn das Know-how und den Einfluss privater Geldgeber. Wir setzen uns darüber hinaus für  
733 Zweckanreize für Umweltschutzmaßnahmen im Bereich der Schiene ein. Zur Lärmvermeidung  
734 müssen die Raum- und Bauleitplanungen in den Ländern entsprechend ausgerichtet werden: es  
735 bedarf einer Verdichtung der Wohnbebauung und des Gewerbes an den Entwicklungsachsen des  
736 Nahverkehrsnetzes.  
737

738 Im Bereich des Pkw-Verkehrs spricht sich die Union für eine flexible Gestaltung der Geschwin-  
739 digkeitsbegrenzung, also für den vermehrten Einsatz von „elektronischen Schilderbrücken“ auf  
740 deutschen Autobahnen aus, die situationsbedingte Geschwindigkeitsbeschränkungen ermögli-  
741 chen und für den Autofahrer nachvollziehbar sind und akzeptiert werden. Die Einführung eines  
742 starren Tempolimits benötigen wir nicht. Die Autobahnen in Deutschland gehören zu den si-  
743 chersten Straßen weltweit, wie auch ein europäischer Vergleich der Unfallstatistik zeigt. Eine  
744 Harmonisierung von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen innerhalb der Europäi-  
745 schen Union wäre aufgrund der unterschiedlichen Ausbaustandards der Straßen und damit ver-  
746 bundenen gravierenden Unterschieden beim Sicherheitsniveau nicht zu rechtfertigen.

747  
748 Auch die Schifffahrt muss stärker in die Transportabläufe eingebaut werden. Wasserstraßen  
749 werden bspw. für den Ost-West-Handel immer bedeutsamer, da Lkw und Bahn dort an ihre Ka-  
750 pazitätsgrenzen stoßen. Um die Umweltbelastungen durch reine Transitverkehre zu begrenzen,  
751 muss durch geeignete Maßnahmen - z.B. preisliche Anreize - deren verstärkte Verlagerung auf  
752 den Schifffweg erreicht werden. Dies bedeutet allerdings, dass auch die Reduktion von Schiffs-  
753 emissionen und die Senkung des Energieverbrauchs weiter vorangetrieben werden muss. Die  
754 CDU setzt sich für eine zukunftsweisende, am Markt orientierte Politik für Schifffahrt und Häfen  
755 ein, die klare Rahmenbedingungen für Investitionen setzt und so notwendige Innovationen er-  
756 möglicht. Beim Neubau und Ausbau muss mit Augenmaß vorgegangen werden, um der Proble-  
757 matik des Hochwasserschutzes sowie der Artenvielfalt und des Landschaftsschutzes Rechnung  
758 zu tragen.

759

760

## 761 **10. Für unsere Gesundheit – Umweltbelastungen abbauen**

762

763 Luft, Wasser und Nahrung sind Voraussetzungen für das menschliche Leben. Ihre Reinheit und  
764 Qualität wirkt unmittelbar auf die Gesundheit der Menschen. Gleichzeitig verändert der Mensch  
765 durch Eingriffe in die Umwelt die Funktionsfähigkeit und die Qualität der Umweltgüter. Eine  
766 umweltbezogene Gesundheitspolitik hat auch eine wirtschaftliche und eine soziale Dimension.  
767 Krankheiten haben eine enorme wirtschaftliche Komponente wie bspw. Kosten für Behandlun-  
768 gen und Nachsorge bei umweltbedingten Krankheiten, der Verlust an Arbeitszeiten etc. Allein  
769 die in Europa durch die Verbesserung der Luftqualität erreichten Gesundheitsfortschritte erbrin-  
770 gen Ersparnis bis 2020 von mindestens 42 Milliarden Euro.

771

772 Feinstaub ist wichtiger Einflussfaktor auf die menschliche Gesundheit und eines der zentralen  
773 Handlungsfelder der Luftreinhaltung. Feinstaub kann natürlichen Ursprungs sein (beispielsweise  
774 infolge von Bodenerosion) oder aber durch menschliches Handeln hervorgerufen werden (Ab-  
775 rieb im Verkehr, in Energieversorgungs- und Industrieanlagen, bei der Metall- und Stahlerzeu-  
776 gung oder auch beim Umschlagen von Schüttgütern und beim Transport staubender Güter so-  
777 wie in Haushalten). Besonders hoch ist die Feinstaubbelastung in Großstädten, da hier vor allem  
778 die Rußpartikel aus den Verbrennungsprozessen der Fahrzeuge anfallen. Vielfach sind auch ü-  
779 berregionale Ferntransporte für die Belastungen vor Ort verantwortlich. Zwar geht die Belas-  
780 tung in Deutschland im langjährigen Mittel leicht zurück, doch vor allem an verkehrsreichen  
781 Straßen werden die geltenden Grenzwerte immer wieder überschritten. Seit Januar 2005 gelten  
782 europaweit Grenzwerte für Feinstaub in der Luft, die nur an wenigen Tagen im Jahr überschrit-  
783 ten werden dürfen. Kommunen und Länder, in denen diese Werte nicht eingehalten werden  
784 konnten, haben inzwischen Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Mit der Einschränkung  
785 der Zufahrt in hoch belastete innerstädtische Gebiete für hoch emittierende Fahrzeuge sind  
786 Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität ergriffen worden.

787

788 Auch im Bereich der Kleinf Feuerungsanlagen müssen die steigenden Feinstaubemissionen redu-  
789 ziert werden: Viele Hersteller haben bereits entsprechende Produkte entwickelt und im Sorti-  
790 ment. Zukunftsfähiges Heizen bedeutet auch Heizen mit weniger Feinstaubemissionen. Ent-  
791 scheidend ist jedoch auch, dass Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung die Bürger nicht überfor-  
792 dern.

793  
794 Neben der Außenluft ist auch die Luft in Innenräumen besonders wichtig für die Gesundheit und  
795 das Wohlbefinden der Menschen. Belastungen mit Schadstoffen oder Schimmelpilzsporen sowie  
796 Baustoff und Einrichtungsgegenstände können hier zum Problem werden. Zur Schaffung eines  
797 verbesserten Innenraumklimas in Wohn-, Aufenthalts- und Büroräumen wollen wir ein integrier-  
798 tes Konzept für Energiesparen und Raumklima entwickeln.

799  
800 Lärm ist ein ernst zu nehmendes Gesundheitsproblem. Nach wissenschaftlichen Studien können  
801 dauerhaft hohe Lärmbelastungen das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen. Mehr  
802 als die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich, z.B. durch den Straßenverkehrslärm belästigt. Nach  
803 dem Straßenverkehrslärm und dem Nachbarschaftslärm ist der Luftverkehr die bedeutendste  
804 Ursache für Lärmbelastungen. Auch der Schienenverkehrslärm ist für die Anwohner ein großes  
805 Problem. Darüber hinaus spielt der Freizeitlärm eine zunehmende Rolle.

806  
807 Um die Zahl der Menschen, die regelmäßig erheblichem Lärm ausgesetzt sind, deutlich zu ver-  
808 ringern, müssen wir die Lärmbekämpfung konsequent voranbringen. Vorrang haben neben pla-  
809 nerischen Maßnahmen und Instrumenten der Verkehrsvermeidung und -verlagerung die Minde-  
810 rungsmaßnahmen an der Quelle. Technische Verbesserungen am Fahrzeug und am Fahrweg sind  
811 die effizientesten und dauerhaftesten Methoden, um Lärm zu mindern. Darüber hinaus sollten  
812 die Berechnungsverfahren für den Umgebungslärm vereinheitlicht werden. Auch die Einführung  
813 lärmabhängiger Trassengebühren bei der Bahn wollen wir prüfen. Um hohe Belastungen rasch  
814 abzubauen, sind aber auch Minderungsmaßnahmen auf dem Ausbreitungsweg, vor allem Lärm-  
815 schutzwände und -wälle entlang von Straßen und Schienenstrecken, wichtig. Hinzu kommen –  
816 etwa im Umland von Flughäfen – Maßnahmen des baulichen Schallschutzes.

817  
818 Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren durch elektrische, mag-  
819 netische und elektromagnetische Felder – etwa durch Mobilfunk, W-Lan aber auch durch Hoch-  
820 spannungsleitungen - sind gesetzlich festgelegt. Nach dem derzeitigen wissenschaftlichen  
821 Kenntnisstand ist bei Einhaltung dieser Grenzwerte der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung  
822 auch bei Dauereinwirkung gewährleistet. Wir setzen uns dafür ein, diese Thematik gleichwohl  
823 intensiv wissenschaftlich weiter zu verfolgen und die Ergebnisse breit zu kommunizieren.

### 824 825 826 **III. Verbraucherschutz – für Lebensqualität und Bürgerrechte**

#### 827 828 **1. Verbraucherpolitik der CDU: Leitbild mündiger und informierter Verbraucher**

829  
830 Verbraucherpolitik ist als unverzichtbarer Bestandteil der sozialen und ökologischen Marktwirt-  
831 schaft ein Kernanliegen der CDU.

832  
833 Umfassende Verbraucherpolitik geht weit über den reinen Verbraucherschutz hinaus. Sie ist  
834 Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite und Politik zur Bewahrung der Schöpfung. Die Einbe-  
835 ziehung von Nachhaltigkeit, ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten ohne eine Ver-  
836 mehrung von Bürokratie ist unumgänglich.

837

838 Unser Leitbild ist der mündige und eigenverantwortliche Verbraucher, der informiert ist und auf  
839 Augenhöhe entscheiden kann.

840

841 Der Staat muss die Rahmenbedingungen für effektiven Verbraucherschutz und die berechnigte  
842 Durchsetzung von Verbraucherinteressen setzen. Verbraucherpolitik ist aber nicht allein staatliche  
843 Aufgabe. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn Erzeuger, Verarbeiter, Vermarkter und  
844 Verbraucher mit- und zusammenwirken. Das setzt auch verantwortlich agierende Unternehmen  
845 voraus.

846

847 Mit der zunehmenden Komplexität und Internationalität der Märkte, mit Liberalisierung, Dere-  
848 gulierung, dem Umbau der Sozialsysteme und neuen technischen Entwicklungen, v. a. im Be-  
849 reich der Informations- und Kommunikationstechnologien, steigen die Anforderungen an die  
850 Verbraucher und somit die Bedeutung der Verbraucherpolitik. Gerade vor dem Hintergrund der  
851 Globalisierung sind Verbraucherstandards, die europaweit gelten, nicht nur ein Schutz der  
852 Verbraucher, sondern auch eine Unterstützung für unsere heimische Wirtschaft.

853

854 Die CDU will eine Verbraucherpolitik, die ein hohes Maß an Lebensqualität sichert, Nachhaltig-  
855 keit, wirtschaftliches Wachstum und Innovationen fördert.

856

857 Wir wollen, dass die Verbraucher preiswert einkaufen können und echte Wahlmöglichkeiten in  
858 Bezug auf Preise und Vielfalt des Angebotes haben. Verbraucher müssen sich auf die technische  
859 Sicherheit, gesundheitliche Unbedenklichkeit und Umweltfreundlichkeit von Produkten und  
860 Dienstleistungen verlassen und Qualität sofort und eindeutig erkennen können. Technische  
861 Neuentwicklungen und Innovationen sollen sie zügig nutzen können, ohne dabei unvermeidbare  
862 Risiken eingehen zu müssen.

863

864 Die richtige Balance zwischen staatlichem Schutz und Selbstbestimmung ist uns wichtig.  
865 Verbraucherpolitik erfordert klare Gesetze, die einfach und praktikabel in der Anwendung sind.  
866 Wir wollen Überregulierung vermeiden und stattdessen einen Rechtsrahmen, der Verbraucher  
867 und Wirtschaft befähigt, ihren Beitrag zum Funktionieren der Märkte unter fairen Bedingungen  
868 zu leisten. Zu einer Politik, die den Verbrauchern weitgehend das Steuer in die Hand gibt, gehört  
869 die Durchsetzung von Verbraucherrechten. Deshalb legen wir hierauf ein besonderes Augen-  
870 merk.

871

872 Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie muss durchgehend in den einzelnen Fach-  
873 ressorts verankert und eng zwischen Bund, Ländern und EU abgestimmt werden.

874

875

## 876 **2. Bildung, Forschung, Interessenvertretung: die Basis für mündige Verbraucher**

877

878 Verbraucherbildung ist die Basis für mündige Verbraucher. Sie muss schon frühkindlich begin-  
879 nen und sich in der Schule fortsetzen. Dafür sind Verbraucherinhalte mit lebenspraktischem Be-  
880 zug in den bestehenden Fächerkanon zu integrieren und anerkannte Bildungsstandards, insbe-  
881 sondere für die Themenbereiche Gesundheit und Ernährung, Finanzen und Vorsorge (Umgang  
882 mit Geld), Vertragsrecht und Energie zu entwickeln. Verbraucherbildung ist ein wichtiger Teil  
883 des lebenslangen Lernens. Hierin sehen wir einen gemeinsamen Auftrag von Staat, Wirtschaft,  
884 Medien und Verbänden. Verbraucherbildung darf auch nicht bei der Vermittlung von Fähigkei-  
885 ten stehen bleiben, sondern muss wertorientiert sein und ethische Aspekte, wie Nachhaltigkeit  
886 und Gerechtigkeit, mit einbeziehen.

887

888 Bisher fehlt in Deutschland eine breite wissenschaftliche Basis für die Verbraucherpolitik. Wir  
889 unterstützen die Entwicklung eines eigenständigen Wissenschaftsgebietes zur Erfassung und  
890 Bewertung verbraucherpolitischer Aktivitäten sowie zur Bereitstellung von Informationen und  
891 Erkenntnissen für politische Gremien.

892  
893 Verbraucher benötigen eine starke Interessenvertretung und -beratung. Die CDU steht dazu,  
894 den Verbraucherzentrale Bundesverband als Dachverband zu unterstützen und erwartet im Ge-  
895 genzug eine an den Interessen der Verbraucher ausgerichtete Arbeit. Verbraucherzentralen vor  
896 Ort müssen ausreichend von den Ländern finanziert werden, aber auch durch attraktive Ange-  
897 bote Mittel aus der Beratungstätigkeit erwirtschaften. Dabei ist der Einsatz elektronischer Me-  
898 dien effektiv, unverzichtbar bleibt aber der persönliche Kontakt. Die CDU setzt sich dafür ein,  
899 dass die Beratungsleistung an Qualitätsstandards und –leitlinien ausgerichtet wird und auch in  
900 der Fläche zur Verfügung steht.

901  
902 Um die Finanzierung unabhängiger von Haushaltsrisiken zu machen und auch die Wirtschaft  
903 finanziell einfacher zu beteiligen, wollen wir eine Stiftungslösung prüfen.

### 904 905 906 **3. Schutz für sensible Gruppen: alle Verbraucher mitnehmen**

907  
908 Wir wollen die Teilhabe aller Verbraucher. Zur Aufklärung und Beratung insbesondere sensibler  
909 Verbrauchergruppen werden wir gezielte Anstrengungen unternehmen. Sie bedürfen auch eines  
910 besonderen Schutzes. Wir erwarten dazu auch einen Beitrag der Wirtschaft durch Selbstver-  
911 pflichtungen (z.B. in der Werbung), die über Regelungen zu Information, Monitoring und Sankti-  
912 onen verbindlicher werden.

913  
914 Die Verwendung allgemeinverständlicher Begriffe bei verbraucherrelevanten Informationen ist  
915 uns ein großes Anliegen. Gerade für ältere Menschen müssen zudem Warnhinweise, Inhaltsan-  
916 gaben und Gebrauchsanleitungen klar und in Mindestschriftgrößen formuliert werden. Die In-  
917 formations- und Beratungsmöglichkeiten für Verbrauchergruppen mit erhöhtem Bedarf wollen  
918 wir weiterentwickeln und dafür auch moderne technische Verfahren nutzen.

919  
920 Kinder und Jugendliche sind auf vielen Märkten eine wichtige Zielgruppe, aber als Konsumenten  
921 noch unerfahren und oft gutgläubig. Deshalb ist neben früher Sensibilisierung für Verbraucher-  
922 themen, praxisorientierter Verbraucherbildung und gezielter Aufklärung auch immer wieder die  
923 Überprüfung oder Definition von Schutzgrenzen erforderlich. Das gilt z.B. für Altersgrenzen im  
924 Jugendschutzgesetz für legale Rauschmittel und Regelungen zum Aufenthalt in Gaststätten,  
925 aber auch altersbezogene Nutzungsbeschränkungen für Leistungen der sog. Schönheitsmedizin  
926 und gesundheitsgefährdende Anwendungen.

927  
928 Verbraucherinformation und –aufklärung muss für Mitbürger mit Migrationshintergrund gezielt  
929 erfolgen. Deshalb werden wir z.B. den Zugang über Migrantenorganisationen und –medien su-  
930 chen.

### 931 932 933 **4. Kennzeichnung, Gütesiegel, Qualitätstests: klare Wegweiser für Verbraucher**

934  
935 Verbraucher müssen sich ohne großen Aufwand informieren können. Uns ist wichtig, dass sie  
936 neutrale, wahrhaftige und relevante Informationen erhalten. Wir wollen Kennzeichnungen vo-  
937 ranbringen, die den Verbraucher wirklich erreichen, d.h. transparent, leicht verständlich und auf

938 das Wesentliche reduziert sind. Zuviel Information bewirkt oft das Gegenteil, eine zu starke Ver-  
939 einfachung eine Verzerrung.

940

941 Bei allen Lebensmitteln müssen die Verbraucher sich schon auf der Verpackung schnell und ü-  
942 bersichtlich über Nährwerte, Inhaltsstoffe und Abdeckung des Tagesbedarfs informieren kön-  
943 nen. Eine rechtlich vorgeschriebene ausschließliche Farbkennzeichnung lehnen wir als stigmati-  
944 sierend und irreführend ab. Sie wird der Komplexität von Lebensmitteln nicht gerecht und wirkt  
945 mehr einkaufssteuern als informierend. Wir wollen neutrale, klare Informationen, die die Men-  
946 schen zu einer stärkeren Beschäftigung mit ihrer Ernährung anregen.

947

948 Wir befürworten Siegel, die internationale Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards wiedergeben,  
949 und die Entwicklung von Modellen zur Kennzeichnung umwelt- und klimafreundlich hergestell-  
950 ter Lebensmittel und Produkte.

951

952 Wir streben ein zentrales Verbrauchertelefon mit Lotsenfunktion für Fragen rund um Produkte  
953 und Dienstleistungen an. Dazu wollen wir prüfen, ob dies in die einheitliche Behördenrufnum-  
954 mer 115 implementiert werden kann.

955

956 Die Arbeit der Stiftung Warentest unterstützen wir, denn unabhängige Qualitätstests geben  
957 dem Verbraucher eine sichere Orientierung für seine Kaufentscheidung. Wir erwarten, dass sie  
958 sich in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft neuen Märkten zuwendet und neben Qualität und  
959 Preiswürdigkeit verstärkt die Umweltfreundlichkeit der Produkte und Dienstleistungen berück-  
960 sichtigt.

961

962 Für eine kompetente und verständliche Vermittlung von verbrauchernahen Informationen spie-  
963 len die Medien eine wichtige Rolle. Deshalb sprechen wir uns für mehr Qualifikationsangebote  
964 für Verbraucherjournalisten und eine stärkere Berücksichtigung des Themas in Journalistenschu-  
965 len und bei Medienstudiengängen und –fortbildungen aus. Wir regen einen Journalistenpreis für  
966 Verbraucherthemen an.

967

968

## 969 **5. Verbraucherrechte: einfach und effektiv durchsetzen**

970

971 Damit Verbraucherrechte kein stumpfes Schwert sind, müssen sie leicht durchsetzbar sein. Ge-  
972 mäß dem Grundsatz, dass der Staat seine Einflussnahme auf die Beziehung zwischen Verbrau-  
973 cher und Wirtschaft auf ein Mindestmaß beschränken sollte, appelliert die CDU an die Wirt-  
974 schaft, selbst für einfache und klare Reklamationswege zu sorgen und auch im Zusammenhang  
975 mit Rechtsschutzmöglichkeiten für Verbraucher Selbstverpflichtungen einzugehen und ernst zu  
976 nehmen. Wo dies nicht geschieht, muss es gesetzlich verbindliche Regelungen geben.

977

978 Wir wollen, dass die Verbraucher sich ohne unzumutbaren Aufwand einen Überblick über ihre  
979 Rechte verschaffen können. Deshalb sprechen wir uns für eine weitere Standardisierung der  
980 Verbraucherinformation bei Rechtsschutz- und Reklamationsmöglichkeiten etwa über Musterin-  
981 formationsblätter aus.

982

983 Bei der Stiftung Warentest werben wir dafür, den Umgang von Unternehmen mit Reklamationen  
984 verstärkt auch als Kriterium bei Tests von Waren und Dienstleistungen einzusetzen.

985

986 Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung sind in der Regel weniger aufwendig, kostspie-  
987 lig und langwierig als Gerichtsverfahren und haben damit grundsätzlich Vorteile für Verbraucher

988 wie Unternehmen. Dies gilt insbesondere bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten. Unser Ziel  
989 ist es deshalb, eine möglichst lücken- und reibungslose Streitschlichtung in Europa zu gewähr-  
990 leisten.

991  
992 Das in Deutschland zur außergerichtlichen Streitschlichtung im Versicherungsbereich etablierte  
993 Ombudsverfahren empfehlen wir auch auf andere Bereiche, wie den öffentlichen Personenver-  
994 kehr, zu übertragen und gleichzeitig seine Qualitätssicherung voranzubringen.

995  
996 Bei gerichtlichen Auseinandersetzungen hat sich das Individualrecht für den Verbraucherschutz  
997 grundsätzlich bewährt. In speziellen Fällen, bei denen z.B. eine Vielzahl gleich gelagerter  
998 Verbraucherstreitigkeiten mit Bagatellwert vorliegt, sind Verbraucherverbänden Möglichkeiten  
999 der kollektiven Durchsetzung gegeben worden.

1000

1001

## 1002 **6. Verbraucherpolitik ohne Grenzen: regional, europäisch, global**

1003

1004 Wir wollen Europäisierung und Globalisierung so gestalten, dass sie nachhaltig Vorteile für die  
1005 Verbraucher bringen.

1006

1007 Das Verbraucherrecht sollte in der ganzen EU vergleichbar, nicht aber in jeder Einzelregelung  
1008 gleich sein. In der europäischen Verbraucherpolitik streben wir deshalb eine Kombination von  
1009 Mindeststandards und abschließenden Regelungen (z.B. bei der Vereinheitlichung von Wider-  
1010 rufsfristen, von Fristen für die Gewährleistung und bei Informationspflichten) an. Wir unterstüt-  
1011 zen zudem die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Referenzrahmens als Instrument,  
1012 das die Vertragsparteien freiwillig zur Ausgestaltung ihrer Rechtsbeziehungen wählen können.  
1013 Ein Beispiel für den sinnvollen Einsatz ist der Internethandel. Jeder Käufer könnte sich bei Ver-  
1014 tragsabschluss durch einfachen Button-Klick für das Europäische Vertragsrecht entscheiden.

1015

1016 Auch die Weltmärkte brauchen Regeln, um monopolisierte Marktmacht zu verhindern, Fairness  
1017 und Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Die Harmonisierung von internationalen Normen und  
1018 Standards bzw. die Anerkennung unter Sicherung von Mindestanforderungen liegt im Interesse  
1019 des Verbraucherschutzes und der Wirtschaft. Wir wollen, dass Verbraucherschutzstandards in-  
1020 ternational stärker berücksichtigt und abgestimmt werden. Das gilt auch für die Verankerung  
1021 und Durchsetzung des Schutzes des geistigen Eigentums. Nur so können die Qualität von Mar-  
1022 kenprodukten und die zunehmend damit verbundene Zusicherung fairer Produktionsbedingun-  
1023 gen gewährleistet werden. Zwar sind die Verbraucher zunächst einmal Nutznießer der Globali-  
1024 sierung, doch viele ausländische Produkte und Dienstleistungen werden nicht unter den glei-  
1025 chen Bedingungen hergestellt bzw. erbracht wie Produkte und Dienstleistungen aus Deutsch-  
1026 land. Solange der Verbraucher nicht weiß, warum die Kosten der nach unseren Standards herge-  
1027 stellten Produkte höher sind, wird er intuitiv nach den billigeren Produkten greifen.

1028

1029 Mit den Herausforderungen der Globalisierung wächst gleichzeitig das Bedürfnis nach regiona-  
1030 ler Identität. Die heimische Produktion ist zudem ein wichtiges Merkmal für gute Qualität und  
1031 hohe Standards im Tier-, Hygiene- und Umweltschutz. Wir unterstützen deshalb Informations-  
1032 initiativen über die Zusammenhänge von Regionalität, Qualität und Ressourcenschonung und  
1033 setzen uns für eine verbindliche nationale Herkunftskennzeichnung - gegebenenfalls in Abgren-  
1034 zung vom Verarbeitungsort - vor allem bei Lebensmitteln ein.

1035

1036  
1037  
1038  
1039  
1040  
1041  
1042  
1043  
1044  
1045  
1046  
1047  
1048  
1049  
1050  
1051  
1052  
1053  
1054  
1055  
1056  
1057  
1058  
1059  
1060  
1061  
1062  
1063  
1064  
1065  
1066  
1067  
1068  
1069  
1070  
1071  
1072  
1073  
1074  
1075  
1076  
1077  
1078  
1079  
1080  
1081  
1082  
1083  
1084  
1085

## **7. Gesundheit, sichere Lebensmittel und andere Produkte: Grundpfeiler des Verbraucherschutzes**

Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass die Lebensmittel und die Produkte sicher sind.

Wir setzen uns für eine ausreichende Ausstattung der Lebensmittelüberwachung und für den weiteren Ausbau der länderübergreifenden Zusammenarbeit ein. Verbraucher müssen bei Mängeln korrekt und schnell über Produkte und Firmen informiert werden, vorsätzliche Gesundheitsgefährdungen, Täuschungs- und Betrugstaten müssen konsequent verfolgt und strikt sanktioniert werden. Noch existierende Wissens- und Handlungslücken auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit, z. B. in Bezug auf technologische Entwicklungen wie die Nanotechnologie, wollen wir schließen. RFID (Radio-Frequenz-Identifikation) wollen wir datenschutzkonform einsetzen.

Voraussetzungen für ein gesundes Leben sind das Wissen über die Nahrungsmittel und eine ausgewogene Ernährung. Eine Regionalität und Saisonalität beachtende Ernährung ist zugleich ein Eckstein eines nachhaltigen und umweltfreundlichen Lebensstils. Hauptansatzpunkte sehen wir in der Ernährungsbildung an Schulen, in Informationskampagnen sowie in einer guten Lebensmittelkennzeichnung.

Zur Sicherheit der Produkte fordern wir den Ausbau der Markt- und Produktüberwachung beim Import auf den Binnenmarkt, die stärkere Zusammenarbeit der Kontrollstellen in Europa und die Einführung eines freiwilligen europäischen Sicherheitszeichens mit hohem Niveau nach dem Vorbild des Gütesiegel-Zeichens.

Mit den wettbewerblichen Reformen des Gesundheitswesens und mit dem Anwachsen eines kommerziellen Sektors im Grenzbereich Gesundheit-Schönheit-Wohlfühlen wird Verbraucherschutz zu einem zunehmend wichtigen Handlungsfeld im Gesundheitswesen. Rund um Schönheitschirurgie, Kosmetik, Nahrungsergänzungsmittel und beim Betrieb von Solarien sind Berufstitel zu definieren, Selbstverpflichtungen zu fördern, Heilsversprechen zu verbieten, Aufklärung zu betreiben und Schutzgrenzen z.B. für Jugendliche zu definieren. Auch sprechen wir uns für transparente Qualitätsbewertungen und –vergleiche von Gesundheitseinrichtungen aus.

## **8. Energie und Mobilität: günstig, umweltfreundlich und sicher**

Der Verbraucher spielt eine wichtige Rolle beim Umwelt- und Klimaschutz. Wir wollen ihm ermöglichen, diese Rolle aktiv wahrzunehmen und über Innovationen Geld zu sparen. Energie und Mobilität müssen zudem sicher und preiswert sein.

Unser Ziel ist die Ausdehnung der Energieverbrauchskennzeichnung für Elektrohaushaltsgeräte auf weitere Produktgruppen. Neben transparenteren und aussagekräftigeren Kennzeichen für Energieklassen sollte zukünftig auch der durchschnittliche Stromverbrauch direkt ausgewiesen werden.

Bürger, die ihre Häuser isolieren, ihre Heizungen modernisieren und auf erneuerbare Energien setzen, werden weiterhin gezielte Förderungen erhalten. Die Sanierung von Häusern zum Zwecke der CO<sub>2</sub>-Einsparung soll stärker als bisher unterstützt werden.

1086  
1087  
1088  
1089  
1090  
1091  
1092  
1093  
1094  
1095  
1096  
1097  
1098  
1099  
1100  
1101  
1102  
1103  
1104  
1105  
1106  
1107  
1108  
1109  
1110  
1111  
1112  
1113  
1114  
1115  
1116  
1117  
1118  
1119  
1120  
1121  
1122  
1123  
1124  
1125  
1126  
1127  
1128  
1129  
1130  
1131  
1132  
1133  
1134  
1135

Die CDU will transparente Energiepreise. Unabdingbar dafür ist ein funktionierender Wettbewerb. Auf der Regulierungsseite hat die Bundesregierung bereits die Weichen gestellt. Strom- und Gaskonzerne müssen inzwischen nachweisen, dass ihre Preiserhöhungen gerechtfertigt sind. In den nächsten Jahren versprechen wir uns von der Stärkung des EU-Energiebinnenmarktes erhebliche Wettbewerbsimpulse und unterstützen deshalb effiziente Systeme des grenzüberschreitenden Netzbetriebs und Stromhandels sowie gemeinschaftsweit kooperationsfähige Regulierungsstellen.

Entscheidend für die Beförderung des Wettbewerbs sind die Verbraucher. An sie appellieren wir, Strom- und Gaspreise zu vergleichen und eine bewusste Anbieterwahl vorzunehmen.

Die Verbraucher müssen aber auch wissen, dass ein ausreichendes Angebot aus einem ausgewogenen nachhaltigen Energiemix die Grundlage für günstige Energiepreise ist. Es setzt den Kapazitäts- und Leitungsausbau sowie die Modernisierung des Kraftwerkparks ebenso voraus wie den Ausbau erneuerbarer Energien und auf absehbare Zeit einen Beitrag der Kernenergie zum Energiemix.

Umweltfreundlichkeit und Fahrgastrechte sind die Schwerpunkte unserer Verbraucherpolitik im Verkehr. Nur bei ausreichendem Angebot und Kundenorientierung ist der öffentliche Verkehr für den Verbraucher eine Option für umweltfreundliche Mobilität.

Ein wichtiges Fahrgastrecht ist die Entschädigung für Verspätungen. Die Entschädigungsleistung muss nach einer angemessenen Zeit (z.B. im Bahnfernverkehr nach 30 Minuten) einsetzen. Dabei gilt es, die gesamte Transportkette in den Blick zu nehmen und vor allen Dingen einfache und unbürokratische Durchsetzungsmöglichkeiten für den Verbraucher sicherzustellen.

## **9. Digitale Welt: Souveränität und Schutz der Verbraucher gewährleisten**

Die fortschreitende Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken und des Internets bieten dem Verbraucher viele neue Möglichkeiten. Fairer Zugang, Sicherheit von Daten und Geschäften, Schutz vor Belästigungen und Betrügereien sind zu gewährleisten. Zudem geht es auch um die Sicherheit der Integrität und Identität der Verbraucher im Internet.

Unlautere Telefonwerbung, belästigende Werbemails und Kostenfallen im Internet wollen wir zurückdrängen, Verstöße gegen bestehende Verbote scharf ahnden und Verbraucher vor unterschobenen Verträgen schützen.

Zur Absicherung von Transaktionen und zur sicheren Identifikation im Internet unterstützen wir die Entwicklung preislich attraktiver und leicht handhabbarer elektronischer Signatursysteme, z.B. im Rahmen des Elektronischen Personalausweises.

Wir wollen eine kundenfreundliche digitale Welt. Weder dürfen die Kosten für elektronischen Service – zumindest bei gerechtfertigten Beschwerden und im Gewährleistungsfall – noch für Telefonwarteschleifen auf den Kunden verlagert werden. Auch setzen wir uns für die Einrichtung einer im europäischen Raum möglichst grenzüberschreitend arbeitenden Internet-Beschwerde-/Schlichtungsstelle für den elektronischen Einkauf ein. Digitale Bildung in der Schule ist ebenso wichtig wie außerschulische Angebote insbesondere auch für ältere Menschen.

1136 Zur digitalen Welt gehören neue Techniken, wie die RFID-Technik. Der Einsatz von RFID-  
1137 Funketiketten bietet Chancen für den Verbraucherschutz (z.B. Rückverfolgbarkeit, Haltbarkeit),  
1138 im Endkundenbereich sind aber zwingende informations- und datenschutzrechtliche Vorausset-  
1139 zungen zu erfüllen wie Kennzeichnung und Deaktivierung nach dem Kauf.

1140  
1141

## 1142 **10. Finanzieller Verbraucherschutz: Finanzkompetenz und faire Finanzdienstleistungen**

1143

1144 Die finanzielle Lebensgestaltung stellt Verbraucher heute im größeren Maße vor Herausforde-  
1145 rungen. Bei allen Finanz- und Versicherungsgeschäften haben Transparenz und Sicherheit für  
1146 uns Priorität. Wir regen die Entwicklung von Finanzsiegeln an, die zum einen die Beratung z.B.  
1147 über die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben hinaus sowie zum anderen Transparenz- und Risiko-  
1148 kriterien widerspiegeln. Dazu gehört, dass die Hausbanken Verbraucher auf günstige KfW-  
1149 Programme, etwa im Bereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, hinweisen und die An-  
1150 gebote an sie weiterreichen. Ebenso müssen sogenannte Scores, die der Bonitätsbeurteilung  
1151 dienen, transparent und dem Kunden zugänglich sein. Sie dürfen nicht einziges Kriterium im  
1152 Entscheidungsprozess sein. Ihr Einsatz muss klar geregelt werden.

1153

1154 Wir wollen die Rechte der Kreditnehmer gegenüber ihren Darlehensgebern im Falle eines Kre-  
1155 ditverkaufs stärken.

1156

1157 Wichtig für die Verbraucher ist die Gewährleistung effektiver Beschwerdestellen bei der Ban-  
1158 kenaufsicht. Die Beschwerden von Endkunden sind ein wichtiges Beurteilungskriterium für das  
1159 Verhalten der Institute am Markt, und die Politik kann die notwendige Rückkopplung erhalten.  
1160 Der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sollte der Verbraucherschutz als gesetzli-  
1161 che Aufgabe für alle Finanzmarktsektoren übertragen werden, also nicht nur für den Versiche-  
1162 rungsbereich.

1163

1164 Auch in Deutschland ist Überschuldung zu einem ernsthaften Problem geworden. Wir wollen  
1165 Wege aus der Verschuldung weisen, sie aber mit Verbraucheraufklärung und Prävention in Zu-  
1166 kunft auch stärker im Vorfeld verhindern. Dies setzt eine dauerhaft gute Ausstattung der  
1167 Schuldnerberatungsstellen voraus. Wir appellieren an die Banken, jedem die Einrichtung eines  
1168 Guthabenkontos zur Erledigung seiner Alltagsgeschäfte zu ermöglichen.